

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamazeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 162

Fernruf 179.

Wildbad, Freitag, den 16. Juli 1920.

Fernruf 179.

54. Jahrgang

Die Spekulation in Notgeld.

In der „Köln. Ztg.“ schreibt Gustav Brange:
Das Münzrecht ist ein Hoheitsrecht des Staats. Die
Ausgabe von Ersatzwertzeichen aus Metall, Papier oder
Porzellan, die wir mit dem Sammelnamen „Notgeld“
bezeichnen, bedeutet daher eigentlich einen Verstoß gegen
die Verfassung. Die staatlichen Behörden haben darum
das Notgeld nur ungern gesehen, oder, wie es in einem
Erlaß des preussischen Ministers des Innern aus dem
Jahr 1917 hieß, geduldet. Voraussetzung für seine still-
schweigende Zulassung war die vorherige Meldung bei
der zuständigen Regierung sowie der Nachweis der drin-
genden Notwendigkeit; dazu mußte eine Sicherheit in
der Höhe des Ausgabebetrags hinterlegt werden.

Diese Bestimmungen werden aber nicht überall gleich-
mäßig gehandhabt, und so hat sich der Zustand heraus-
gebildet, daß das Notgeld zum Spekulationsgegenstand ge-
worden ist. Auf eine geniale Idee sind die Stadtväter
des Städtchens Niederlahnstein gekommen. Der Ruhm
der dortigen 50-Pfennig-Gutscheine mit den drei Kohl-
raben und dem Schinken darauf, ist bis weit über die
Reichsgrenzen gedrungen. Da wurden sie eines Tags
aus dem Verkehr gezogen, und seitdem verkauft sie die
Stadtkasse als „Kriegserinnerung“ zu einem Mehrfachen
des Nennwerts. In andern Orten, die nicht solch hervor-
zugtes Notgeld haben, die aber auch gern verdienen wollen,
jagt eine Ausgabe die andere, wenn die Aenderungen auch
noch so geringfügig ist (andere Farbenführung). Be-
rühmtheit erlangt haben hierdurch die Gemeinden Buz-
hude bei Hamburg, Kisingen in Bayern, Triebes in
Kurz und Königshütte in Oberschlesien. Aber auch das
genügt manchen Städten noch nicht, und darum haben
sie das „Seriennotgeld“ erfunden, das heißt, es werden
zu gleicher Zeit in ein und denselben Wertstufen Scheine
mit verschiedenen Zeichnungen ausgegeben. So gibt es
Serien zu zwei Stück (Muhla), zu vier Stück (Dydrus)
und zu fünf Stück (Nördlingen).

Neuerdings trat der Geschäftssinn der Gemeinden für
Notgeld noch in einem Spezialgebiet, den sogenannten
„Großscheinen“, zutage. Diese Scheine in den Wert-
stufen bis zu 100 Mark sind in der zweiten Hälfte
1918 auf besondere Veranlassung und mit geldlicher
Unterstützung der Reichsbank ausgegeben und seit über
einem Jahr wieder außer Kraft gesetzt worden. Ob
solch ein Schein auf 100 Mark oder auf eine Mark
lautet, ob er einen besondern Entwertungsvormerk trägt
oder nicht, als Zahlungsmittel ist er heute in jedem Falle
völlig wertlos. Es bestehen bestimmte Vorschriften der
Reichsbank, unter denen sie ausnahmsweise an Museen
oder als zuverlässig bekannte Sammler abgegeben wer-
den können; alles andere Material sollte vernichtet
werden.

Was erleben wir aber? Es ist ein blühendes Geschäft
daraus geworden. Jeder, der zahlt, kann diese Scheine
bekommen, und wenn es auch ganz sichtbar zum Wieder-
verkauf ist. Nur wenige Städte, wie Stuttgart und
Damm in Westfalen, sehen sich ihre Besteller an und
beschränken sich auf Erhebung der Selbstkosten. Viel-
fach werden solch ungeheuren Preise verlangt (z. B. von
Heilbronn, Passau, Regensburg, Speier, Schweinfurt,
Friedrichshafen und Magdeburg), daß der solide Sammler
darauf verzichten muß. Der Magistrat von Hirsch-
berg in Schlesien hat 30000 Stück 10-Mark-Scheine
meistbietend zum Verkauf gestellt, Hornberg in Baden
hat die Großscheine mit der Darstellung des Horn-
berger Schießens durch einen Beamten in den Handel
gelangen lassen. Die Stadt Köln hat ihre Großscheine
dem Museum für Handel und Industrie übergeben, das
diese in öffentlichen Anzeigen zu teuren Preisen an-
bietet, während es für die eigne Sammlung überall
das Notgeld unentgeltlich erbittet. Kein Wunder, daß
es unter diesen Umständen bereits eine Spekulation in
Notgeld gibt.

Noch mit einer neuen Art von Notgeld sollen wir
beglückt werden, mit Porzellan-geld, das als erstes
von der Hamburger Hochbahngesellschaft herausgebracht
wird. Die Herstellerin, die staatliche Porzellanfabrik
in Meissen, sieht mit einer ganzen Anzahl von Ge-
meinden darüber in Unterhandlung und hat auch Reichs-
geld in Stücken bis zu 20 Mark aus Porzellan in
Vorschlag gebracht. In bezug auf Haltbarkeit und Sauber-
keit würde dieses Notgeld sicher den Vorzug verdienen.
Aber was für riesige Geldtaschen müßte jeder dazu mit-

führen, und wie verräterisch würden die 20-Mark-
Stücke klappern!

Muß denn aber immer noch neues Notgeld aus-
gegeben werden, und wenn dies wirklich der Fall ist,
soll es dem Belieben jeder, auch der kleinsten Ge-
meinde überlassen bleiben? Großzügig müßte die Prä-
gung von Reichsmünzen zu 5, 10 und 50 Pfennig
vorgesehen werden. Solange aber noch der Mangel
an Kleingeld besteht, müßte die Ausgabe von Not-
geld ausschließlich größeren Bezirken vorbehalten sein,
etwa den Einzelstaaten. Dann würde das Notgeld für
den Rest seines Daseins wieder seinem ursprüng-
lichen Zweck — ein Ersatzzahlungsmittel zu sein — dienen,
und nicht mehr eine Finanzquelle für seine Ausgabe stellen
bedeuten.

Die Konferenz in Spa.

Die aus Spa vorliegenden amtlichen Nachrichten stie-
ßen auf einmal sehr spärlich. Soviel sich aus den an-
deren Berichten entnehmen läßt, ist die Lage in Spa
derzeit folgende: Am 14. Juli ließ Reichsminister Dr.
Simons Lloyd George um eine Unterredung bitten,
die ihm am Nachmittag um 2 Uhr gewährt wurde. Wie
die „Deutsche Allg. Ztg.“ erzählt, ist die Besprechung,
in der vor allem die Kohlenfrage behandelt wurde,
völlig ergebnislos verlaufen. Lloyd George ging
auf die Ausführungen Simons nicht weiter ein und ver-
wies einfach auf den Friedensvertrag, der ja von Deutsch-
land unterzeichnet worden sei. Von anderer Seite wird
dazu ergänzend mitgeteilt, Lloyd George habe erklärt,
er sei des Verhaltens der Deutschen müde. Er werde ein
klares und deutliches Protokoll ausarbeiten lassen, das
von den Deutschen einfach unterschrieben werden müsse.
Die Besetzung des Ruhrgebiets sei uner-
lässlich, wenn sie auch schwierig sei.

Kurz nach der Unterredung traten die deutschen Mi-
nister und Sachverständigen im Hotel „Annette und Lu-
bin“, das ihnen zur Wohnung überwiesen ist, zu einer
Beratung zusammen, die einen recht lebhaften Verlauf
nahm, über die aber sonst nichts berichtet wird. In
der Villa Fremerie fand eine Besprechung der Bevoll-
mächtigten des Verbands statt, die bis 3 Uhr dauerte.
Marschall Foch und der belgische Generalstabschef Ma-
glin berichteten über die militärische Lage. Es scheint,
daß der Abbruch der Verhandlungen oder die
Stellung eines Ultimatums und die Besetzung
des Ruhrgebiets erwogen wurde. In der Ernäh-
rungsfrage soll der Verband zu gewissen „Zuge-
ständnissen“ bereit sein, in der Kohlenfrage beharrt
er dagegen auf den von Millerand aufgestellten vier For-
derungen, vor allem auf der monatlichen Kohlenlieferung von
mindestens 2 Millionen Tonnen. Im Verlauf des 14.
Juli fanden wiederholt Besprechungen Millerands mit
Lloyd George unter vier Augen statt, worüber sich
Millerand zu Pressvertretern „sehr befriedigt“ äußerte.
Millerand steht, wie der bekannte Politiker Vertigan (der
Beharrliche), im „Echo de Paris“ aus Spa schreibt, auf
dem Standpunkt: „Je größer die Gefahr am anderen
Ende Europas ist, und je mehr Germanismus und
Volschewismus die Absicht erkennen lassen, sich zu ver-
einigen, umso wichtiger ist es, daß die Verbündeten Fest-
igkeit gegen Deutschland beweisen und für die Kohlen-
frage, in der unsere Gegner ihren Widerstand zusam-
menfassen, die einzige Lösung suchen, die mit unserem
Rechte vereinbar ist.“

Die Beratung des Obersten Rats wurde abends 6
Uhr wieder aufgenommen. Der dazu erwartete eng-
lische Generalstabschef Marschall Wilson war nicht
eingetroffen, die Sitzung wurde vertagt. Deutsche Bericht-
erstatter melden, der deutschen Vertretung sei das Ulti-
matum zugestellt worden, die Kohlenforderungen binnen
24 Stunden anzunehmen, widrigenfalls das Ruhrgebiet
besetzt werde. Dafür sollen 6 Divisionen, darunter zwei
französische, zwei englische und eine belgische, in Ver-
wendung kommen. Havas berichtet bereits, die deutsche
Vertretung habe die Lieferung von 2 Millionen Tonnen
monatlich angenommen, wovon Lloyd George am
14. Juli abends benachrichtigt worden sei, sie habe aber
daran Bedingungen geknüpft, deren Annahme durch den
Obersten Rat zweifelhaft sei. Millerand habe sich dar-
über sofort mit Lloyd George ausgesprochen. Wie das
„Echo de Paris“ ferner meldet, soll die Konferenz in
Spa keinesfalls über den Samstag hinaus verlängert

werden. In englischen Kreisen soll man der Ansicht
sein, daß in Deutschland eine Ministerkrise folgen werde,
wenn das zweite Protokoll (über die Kohlenfrage) unter-
zeichnet werde, aber auf seiten der Verbündeten sei man
entschlossen, fest zu bleiben.

Spa, 15. Juli. Von amtlicher deutscher Seite wird
mitgeteilt: Der in Spa vorgelegte deutsche Plan für den
Wiederaufbau der zerstörten Gebiete wird in einem
Teil der französischen Presse so ausgelegt, als wolle
Deutschland in diesen Gebieten Deutsche ansiedeln.
Dies ist natürlich durchaus unzutreffend. Für die Be-
siedelung kämen nur die früheren Bewohner dieser Gebiete
und in zweiter Linie Personen aus den übrigen Teilen
der geschädigten Länder in Betracht.

Brüsseler Blätter melden, nach Prüfung der deutschen
Beschwerden über die ungeheuren Besetzungskosten sei
die durch Deutschland zu zahlende Tagesleistung für
einen Soldaten auf 7 Franken (etwa 24 Mk.) für den
Tag herabgesetzt worden. Bisher betrug die Leistung
26 bis 33 Franken.

Der Oberste Rat hat nach Havas das Ersuchen Deutsch-
lands, die Abstimmung in Oberschlesien zu
unterlassen, abgelehnt. Ueberhaupt sei jede Anre-
gung, den Vertrag von Versailles abzuändern, unbedingt
abzulehnen.

Das Kohlendiktat angenommen.

Spa, 15. Juli. (Havas.) Die Deutschen haben unter
gewissen Bedingungen die Vorschläge der Alliierten in
der Frage der Kohlenlieferung angenommen. — Eine
Bestätigung von deutscher Seite liegt noch nicht vor.

Das Bedauern des Reichskanzlers.

Spa, 15. Juli. (Havas.) Der deutsche Reichskanzler
Fehrenbach hat Millerand schriftlich sein Bedauern
über den Zwischenfall in Berlin ausgesprochen.

Reichstagsabgeordneter Hue trifft heute vormittag
wieder hier ein.

Wien, 15. Juli. Die Blätter erwarten, daß sich
die deutschen Vertreter in Spa durch die Entente nicht
einschüchtern lassen. Die Unterzeichnung der Ent-
waffnungsforderungen würde nur dann eine nachträgliche
Rechtfertigung finden, wenn die Haltung der deutschen
Vertreter in den wirtschaftlichen Fragen unerschütter-
lich bliebe.

Ausgebung: n aus dem Ruhrgebiet.

Essen, 15. Juli. Die Nachrichten aus Spa haben im
Ruhrgebiet lebhafteste Beunruhigung hervor-
gerufen. Eine Versammlung der Arbeitergruppe der Ar-
beitskammer in Essen hat gegen das Diktat in der Koh-
lenfrage Widerspruch erhoben und Ueberschriften, die
vom Diktat gefordert werden sollten, abgelehnt. Das
Recht der Arbeiter auf Freiheit und Unabhängigkeit
stehe höher als die Forderungen des Verbands. In
einer Versammlung, in der Hue berichtete, wurde ihm
das Vertrauen ausgesprochen.

Der „Bergknappe“, das Blatt des Gewerkschafts-
Krisenrat Bergarbeiter, erklärt: Die Forderungen des
Verbands laufen hinaus auf eine Gefährdung der in
langen Kämpfen errungenen Stellung der Bergarbeiter,
auf eine Zertrümmerung ihrer Solidarität und der ge-
samten Arbeiterschaft Deutschlands, ja auf eine Durch-
brechung der internationalen Verbindungen zwischen den
Bergarbeitern aller Länder. Es ist ganz ausgeschlossen,
daß die Bergarbeiter Deutschlands über ihre Kräfte hin-
aus arbeiten und ihr Leben verkürzen im Dienst kapi-
talistischer Interessen des Auslands, während gleichzeitig
die deutsche Arbeiterschaft durch Mangel an Kohle brot-
los gemacht wird.

Neues vom Tage.

Das polnische Paradies.

Danzig, 15. Juli. Vor der Abstimmung wurde in
den Abstimmungsgebieten durch Agenten der polnischen
Regierung mit der Behauptung gearbeitet, in Polen seien
die Verhältnisse viel besser als in Deutschland, in Polen
lebe man wie in einem Paradies. Wie es in diesem
Paradies ansieht, darüber berichtet der deutsche Staats-
kommissar v. Postum für Westpreußen, der von den
Polen aus widerrechtlich verhaftet und verurteilt wor-

den und der nun nach dreiwöchiger Gefangenschaft wieder nach Danzig zurückgekehrt ist, in den „Neuen Westpreussischen Mitteilungen“: Sowohl in Pommern (dem von Polen annektierten Teil Westpreußens) wie in eigentlichen Polen und Galizien ist eine außerordentliche Notlage vorhanden. In den Städten sieht man vielfach an den Läden die Aufschrift: „Wegen Krankheit geschlossen.“ Diese Krankheit besteht in dem Mangel an jeglichen Verkaufsgegenständen. In Königs war es unmöglich, auch nur einen Krug aufzutreiben. Herrenstrümpfe kosteten 86 Mark das Paar. In Graudenz gelang es ihm Krug zu kaufen, die 10—20 Mk. das Stück kosteten. Anzugstoffe kosteten 1500—1700 Mk. das Meter. In Tarnow in Galizien kosteten Taghemden 480 Mk. das Stück. In Lemberg wurden für die billigsten Taschentücher 25 Mk. das Stück verlangt. Ganz minderwertige Zigaretten kosteten 1,10 Mk. das Stück. In Tarnow hat Dr. v. Holtum für das Rasieren 51 Mk. bezahlen müssen. Minderwertige fertige Herrenanzüge waren in Tarnow und Lemberg zu Preisen von 2500—3400 Mk. ausgestellt. In Lemberg hörte Dr. v. Holtum, wie ein Schuhmacher für das Abfeilen zu dicker Herrensohlen und für das Anbringen von Gummiabsätzen 200 Mk. verlangte. Nach Ansicht von Dr. v. Holtum wird in Pommern in kurzer Zeit das gleiche Elend wie jetzt in Kongresspolen und Galizien herrschen. Das neue Stadttheater in Posen mußte für einige Zeit geschlossen werden, um — entlastet zu werden.

Krieg im Osten.

Wien, 15. Juli. Auf der Linie Prokurow—Mohilew wird heftig zwischen Ukrainern und Bolschewisten gekämpft.

Kopenhagen, 15. Juli. Wie aus Dorpat gemeldet wird, hat die finnisch-russische Friedenskonferenz auf Vorschlag der Russen gestern beschlossen, die Verhandlungen für zwei Wochen abzubrechen. Der Grund hierfür soll in dem Festhalten der Finnen an Fetschenga zu suchen sein.

London, 15. Juli. Reuter erfährt aus amtlicher persischer Quelle, daß bolschewistische Streitkräfte die Vorberge zwischen Teheran und Mazanderan erreicht haben. Falls kein wirksamer Widerstand geleistet wird, wird Teheran bald preisgegeben sein.

Abtragung der englischen Kriegsschulden im Ausland.

London, 15. Juli. (Reuter.) Amtlich wird gemeldet, daß England im vergangenen Jahre die bei mehreren neutralen Ländern aufgenommenen Anleihen zurückgezahlt hat. Nur die Vereinigten Staaten sind noch in hervorragendem Maße Gläubiger. Der gesamte Schuldenbetrag ist um 86 136 000 Pfund vermindert worden.

London, 15. Juli. Britische Truppen sind in Irland in erheblicher Stärke zusammengezogen.

Gesichtsfarbe und Modifarben. Kühne Zusammenstellungen spielen gegenwärtig in der Mode eine so wichtige Rolle, daß die Damen mehr als bisher darauf achten müssen, daß sie auch diejenigen Farbtöne wählen, die zu ihrer Gesichtsfarbe (Teint) und zu der Farbe der Haare oder Augen passen. Das Grün z. B., das gegenwärtig in verschiedenen grellen Tönen sehr beliebt ist, macht blaß, jedoch nur diejenigen, die eine allzu blühende Gesichtsfarbe dämpfen oder auf der anderen Seite eine fahle Bleichheit zu einer wärmeren Blässe umwandeln wollen, solches Grün tragen dürfen. Alle Damen, deren Teint keine ausgesprochene Farbe hat, werden durch Grün verlieren. Blau dagegen bringt eine gewisse Färbung ins Gesicht und wird daher für einen blassen Teint kleidbar, für eine blühende Gesichtsfarbe unkleidbar sein. Volle tiefe Töne des Blau eignen sich am besten für dunkle Brünnetten, während die helleren, blässeren Nuancen dieser Farben dem rosigem Teint einer Blondine eine entzückende Falte verleihen. Gelb ist vielen Vorurteilen unterworfen, die durchaus nicht immer stimmen. Blasse Damen wollen es nicht tragen, weil sie fürchten, noch blässer auszusehen. Dies ist aber durchaus nicht der Fall. Sondern gerade eine gelbliche Tönung der Haut wird durch eine gelbe Toilette gehoben und erscheint klarer und frischer. Orange verleiht dem Teint, wenn er rein ist, eine besondere Leuchtkraft. Dagegen ist Braun im allgemeinen unkleidbar, es sei denn, daß der goldbraune Ton des Haars mit dem Braun des Stoffs zusammenklingt. Schwarz sieht zu jedem Teint gut, mit Ausnahme zu ganz blasser Gesichtsfarbe. Eine dunkle Haut wird aber bei einer schwarzen Toilette eine gewisse Aufhellung durch Creme oder Weisskollage; mindestens an den Stellen, wo das Schwarz des Kleides dicht neben der Haut sitzt. Grau kleidet nur einer hellen klaren Gesichtsfarbe; Blau ist die Farbe der Blondinen, und das dunkle Rot soll von Brünnetten bevorzugt werden.

Wessen Bild trägst du im Herzen?

Roman von Erich Ebenstein.

14. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Gräfin Verba war überhaupt nicht gewöhnt, sich viel Sorgen zu machen. Schön, verführerisch und arglistig wie Verba hatte sie in ihrer Jugend eine vielbeneidete Stellung in der Gesellschaft eingenommen und ihren Gatten bis zu seinem Tode völlig beherrscht, obwohl er nicht blind für ihre Fehler und ein Ehrenmann durch und durch war.

Der Zauber ihres Wesens hatte ihn eben völlig umgarnet. Da es ihm unmöglich war, Einfluß auf sie zu gewinnen, ihrer Verschwendungssucht, Sorglosigkeit und Herrschsucht Einhalt zu tun, beschränkte er sich schließlich darauf, stillschweigend zu dulden und nach außen hin gut zu machen, so weit es ging.

Das kostete ihn nach und nach sein Vermögen und die Achtung mancher alter Freunde, die sich nicht blenden ließen durch die glänzende Außenwelt seiner Gemahlin.

Das Ehepaar besaß zwei Kinder. Rolf, der zu Lebzeiten des Generalleutnants bei einem Manenregiment diente, und die um viele Jahre jüngere Lore.

Rolf hatte äußerlich und innerlich die Art der Mutter geerbt, deren ehrgeizige Pläne sich denn auch zunächst mit ihm beschäftigten.

Er sollte so hoch steigen als nur irgend möglich, es den Söhnen der ersten Familien des Landes gleichen und da er voranschrittlich nur mehr über einen kleinen Rest des väterlichen Vermögens würde verfügen können, durch eine reiche und glänzende Heirat die Finanzen der Familie Lampelius wieder in Ordnung bringen.

Leider erwies sich diese Rechnung als falsch. Denn während die Gräfin nach allen Seiten hin eifrig Intrigen spannte,

Die Aufgaben des Wirtschaftsrats.

Berlin, 15. Juli. Der Präsident des Reichswirtschaftsrats, Edler v. Braun, führte heute vor Pressevertretern über die Organisation und über die Aufgaben des Reichswirtschaftsrats u. a. aus: Der Reichswirtschaftsrat ist das wirtschaftliche Parlament. Vollsitzen werden nur in beschränktem Umfang abgehalten werden. Die Haupttätigkeit des Reichswirtschaftsrats ist in die Ausschüsse verlegt, von denen bis jetzt drei gebildet wurden: der Geschäftsbildungsausschuß, der wirtschaftliche und der sozialpolitische Ausschuß. Ferner ist die Bildung eines Ernährungsausschusses bereits beschlossen. Der Reichswirtschaftsrat hat in der nächsten Zeit zunächst zwei Aufgaben zu lösen: 1) die Frage der Zwangswirtschaft, die nach der öffentlichen Ueberzeugung den Bedürfnissen des heutigen Wirtschaftslebens nicht mehr entspricht; 2) die Ordnung der Volkswirtschaft, die sich auf die Haushaltung, die Papiergeldwirtschaft und die Aenderung der Steuergesetzgebung aufbauen muß, welche letztere nach Ansicht Brauns mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht in Einklang steht. Die gestellten Aufgaben können weder in eine Form des Kapitalismus der früheren Zeit noch in eine Form des Sozialismus nach dem Schema des Parteiprogramms geordnet werden. Es muß eine neue Wirtschaftsform gefunden werden, in der durch Zusammenfassung der Arbeitskraft der Arbeiter und der Unternehmer ein neuer Wirtschaftsorganismus geschaffen wird. Diese Form zu finden, wird die Hauptaufgabe des Reichswirtschaftsrats sein.

Teuerungsunruhen.

Dresden, 15. Juli. Gestern kam es erneut zu schweren Unruhen. Die Menge drang in Kaffeehäuser und Konditoreien ein und zwang die Inhaber, ihre Waren zu sehr billigen Preisen abzugeben. Die Lebensmittelgeschäfte haben geschlossen. Die städtischen Lebensmittel sollen zum halben Preis an die Winterbemittelten bis 12000 Mk. Jahreseinkommen verteilt werden.

Die englisch-russischen Verhandlungen.

London, 15. Juli. Die englische Regierung hat, nachdem die Sowjetregierung die durch Krassin überbrachten Vorschläge Englands gebilligt hat, nach Moskau telegraphiert, daß sie bereit sei, die Verhandlungen fortzusetzen, sobald die russischen Bevollmächtigten eingetroffen seien. England schlägt einen Waffenstillstand Rußlands mit Polen und dem General Wangel vor; es sei durch Völkerbundszwang verpflichtet, die Unversicherheit Polens innerhalb seiner eigentlichen Grenzen zu schlichten und England und die Verbündeten würden sich für verpflichtet halten, den Polen mit allen Mitteln beizustehen, wenn Sowjetrußland sich mit dem Rückzug der Polen von russischem Boden nicht begnügen, sondern innerhalb Polens feindselige Handlungen unternehmen sollte.

Die deutsche Antwort in der Kohlenfrage.

Spa, 15. Juli. Die deutsche Regierung hat dem Obersten Rat eine endgültige Entscheidung in der Kohlenfrage schriftlich übermittelt. Das Schriftstück ist von einem privaten Schreiben des Reichsministers Dr. Simons an den englischen Premierminister begleitet.

Die Entscheidung hat folgenden Wortlaut:

1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, vom 1. August 1920 an auf vorläufig 6 Monate den verbündeten Regierungen monatlich 2 Millionen Tonnen Kohle zur Verfügung zu stellen;

2. Die verbündeten Regierungen leisten den Gegenwert der Kohle bis zur Höhe des deutschen Inlandspreises durch Anrechnung auf das Wiedergutmachungskonto mit der Differenz zum Weltmarktpreis in bar, soweit nicht die Art der Zahlung durch das allgemeine Abkommen über die Finanzfrage anders bestimmt wird;

3. Während der Dauer der vorgezeichneten Kohlenlieferungen bleiben die Bestimmungen der Entscheidung in der Kohlenfrage, die der deutschen Abordnung am 9. Juli mitgeteilt und am 11. Juli abgeändert worden sind, außer Anwendung. Eine Erhöhung der monatlich

am ihren Sohn diese glänzende Partie zu ermöglichen, machte dieser selbst Schulden über Schulden und untergrub seinen Ruf durch allerlei unfaubere Liebesgeschichten.

Eines Tages mußte er Spielschulden halber quittieren und machte aller Verlegenheit dadurch ein Ende, daß er mit einer Choristin nach Amerika durchging. Der Generalleutnant konnte sich von diesem Schlag nicht mehr erholen. Er hatte sein ohnehin schon starkbelastetes Gut Weißheide verkaufen und den Rest seines Vermögens hingeben müssen, um die Schulden Roffs zu bezahlen. Wenige Wochen später erlag er einem Schlaganfall.

In diesen Tagen lernte die Gräfin zum erstenmal im Leben das Wort Sorgen begreifen. Das glänzende Einkommen hörte auf, von dem Vermögen war nichts mehr da, und da auch sie bei Schneidern und Juwelieren unbezahlte Rechnungen besaß, von denen ihr Gatte nichts gewußt, mußte sie es dulden, daß die Gläubiger sogar Hand auf einen Teil ihrer Pension legten. Raum zur Verteidigung konnte sie das nötige Geld aufbringen.

Der Herzog, ein Mann von strengsten Ehrbegriffen, lehnte es schroff ab, ihr zu Hilfe zu kommen. Er hatte die Ueberzeugung, daß Gräfin Lampelius selbst schuld an ihrer Lage sei und ihr Leichtsin, sowie ihre schlechte Erziehungsmethode den Zusammenbruch beschleunigten. Den Rolf Lampelius ein besseres Beispiel gehabt hätte, wäre wahrscheinlich auch ein besserer Mensch aus ihm geworden, meinte er.

Alles, was der Herzog zu tun bereit war, bestand darin, daß er der Tochter des Generalleutnants, den er persönlich hochgeschätzte, eine Hofdamenstelle bei der Erbprinzessin verschaffte.

Der Gräfin blieb vorläufig nichts übrig als sich zu fügen, ihren glänzenden Haushalt aufzulösen und sich mit einer bescheidenen Mietwohnung und einer Aufwartsfrau an Stelle der zahlreichen bisherigen Dienerschaft zu begnügen.

abzuliefernden Menge durch den Wiedergutmachungsanspruch findet solange nicht statt;

4. Es wird alsbald ein Abkommen über die Lage in Oberschlesien getroffen, durch das entweder die deutsche Regierung die Verteilung der obererschlesischen Kohle zurückerhält oder ihr doch der monatliche Bezug von mindestens 1,5 Millionen Tonnen gewährleistet wird;

5. Es wird alsbald eine gemischte Kommission in Essen eingesetzt, deren Zweck es ist, die Mittel zu untersuchen, mit denen man die Lebenshaltung der Bergarbeiter, ihre Ernährung, Kleidung und Wohnung und damit die Erzeugung im Ruhrgebiet verbessern kann;

6. Die Verbündeten erklären sich bereit, Deutschland zur Entlastung von ausländischen Lebensmitteln für seine Bevölkerung sowie von Rohstoffen für die deutsche Industrie und Landwirtschaft einen angemessenen Vorschuß zu gewähren. Die Beratungen über den Vorschuß werden in Zusammenhang mit den allgemeinen Beratungen über die Geldfrage alsbald unter Zuziehung der beiderseitigen Sachverständigen aufgenommen.

Die Bedingungen für die Besetzung des Ruhrgebiets.

Paris, 16. Juli. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Spa sind als Bedingungen für die Besetzung des Ruhrgebiets vereinbart worden: Die Besetzung beginnt zwei Stunden nach Ablauf des Ultimatum. An der Besetzung dürfen keine schwarzen Truppen teilnehmen. Die Besetzung soll so ausgeführt werden, daß das Ruhrgebiet eingekreist und von dem übrigen Reich abgeschlossen wird. Nur im Notfall sollen größere Städte mit Truppen besetzt werden. Die Zivilrechte der Bevölkerung sollen gewährleistet werden, doch soll die lokale Polizei unter Kontrolle genommen werden. Für die Kohlen soll ein höherer Preis gezahlt werden, damit die Arbeiter ein Interesse an stärkerer Förderung haben. Die Ernährung des Ruhrgebiets soll durch die Verbündeten während der Dauer der Besetzung sichergestellt werden.

Die Franzosen schlagen der englischen Regierung vor, während der Besetzungszeit des Ruhrgebiets Hamburg durch englische Seestreitkräfte besetzen zu lassen. Die englische Regierung habe diese Vorschläge abgelehnt.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 14. Juli.

Präsident Walter verliest einen Antrag Scheff (D.D.P.), „Antrag (3.) Wides (D.B.P.), durch welchen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird:

1. Der Landtag nimmt von den Erklärungen des Staatsministeriums vom 7. Juli 1920 Kenntnis.

2. Er erwartet von der Regierung, daß sie die demokratische Republik gegen gewalttätige Angriffe und Pflichtwidrigkeiten, von welcher Seite sie auch kommen, mit den gebotenen Mitteln entschlossen verteidigt.

Er erwartet weiter, daß die Regierung die zur Bekämpfung der schweren Not des Volkes und der Schäden des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens erforderlichen Maßnahmen im Geiste der sozialen Gerechtigkeit trifft und den wirtschaftlich schwachen Volksschichten wirksamen Schutz gewährt. Die Abg. Dabille u. Gen. (D.B.) beantragen:

1. Den Antrag 2 wie folgt zu fassen: „Er erwartet von der Regierung, daß sie Ruhe und Ordnung, Leben und Eigentum schütze, die falsche Wirtschaftspolitik aufgeben, die einseitige Parteipolitik zurückstellen und allen Umsturzbestrebungen energig entgegenzutreten wird.“

2. Folgenden Antrag 4 anzufügen: „Er erwartet endlich, daß die Regierung im Verhältnis zum Ausland auf eine entschlossene Politik nationaler Würde und Selbsterhaltung dringen wird.“

Abg. Karl Müller (U.S.P.) wendet sich gegen verschiedene Ausführungen Müllers und Dabilles und beipflichtet dem eingehend die Unruhen in Heidenheim, Ulm und Ravensburg. Das Geben der Polizei bzw. der Reichswehr zeuge von einer Verrohung und Kammballität.

Abg. Rohmann (D.B.) bespricht verschiedene wirtschaftliche Fragen, sowie die Unruhen in Ulm, wobei er den amtlichen Bericht über letztere als durchaus wahrheitsgetreu bezeichnet.

Abg. Wurm (D.B.) spricht dann noch zu den Ravensburger Unruhen. Minister Geaf spricht den Bezirksbeamten in Heidenheim, Ravensburg und Ulm seine Anerkennung aus. Dann gibt er eine längere Erklärung zu den Ausführungen des Abg. Rohmann in der Milchpreisfrage ab und sagt, daß er selbstverständlich die Verantwortung für diese Anordnung übernehme; eine sachliche Uebereinstimmung sei zwar in dem Ministerium nicht erzielt worden, wohl aber habe Einigkeit darüber geherrscht.

Es war hart für eine Frau wie sie und sie alterte gleichsam über Nacht dabei.

Aber die Zeit hoffnungslosen Kleinmuts dauerte nicht lange. Lore, sonst in allem von der Mutter verschieden, hatte deren Schönheit noch in erhöhtem Maß geerbt, und eines Tages bemerkte die Generalleutnantin, daß des Erbprinzen Bruder diese Schönheit bemerkt hatte.

Sofort kam es wie Erwachsenen über ihr ganzes Wesen. Eine Flut ehrgeiziger Gedanken, die sich durch Fürst Egons weiteres Verhalten zu bestimmten Hoffnungen verdichteten, stürmte auf sie ein.

Tag und Nacht vertiefte sie sich in ihre Pläne, die allmächtig den Charakter einer fixen Idee annahmen.

Leider war Lore bloß ein Kind ihres Leibes, nicht ihrer Seele. Sie besaß weder Ehrgeiz noch Verständnis für die mütterlichen Bestrebungen und was am schlimmsten war: Ihr Inneres war für die Gräfin seit jeher ein Buch mit sieben Siegeln gewesen.

Dagegen besaß sie zuweilen der Gräfin ganz unverständliche, hochtrabende sentimentale Gemütsanwandlungen. An einer solchen drohte gleich anfangs der Plan der Gräfin beinahe zu scheitern.

Da war nämlich dieser Rittmeister v. Breda, für den Lore immer eine merkwürdige Sympathie bezeugt hatte, so weit sie Gefühle überhaupt merken ließ.

Felix v. Bredas Eltern waren früh gestorben. Er selbst wurde von einer Schwester seiner Mutter, die den Baron Rosenknecht aus Neugebungen geheiratet hatte, erzogen. Rosenknecht grenzte an Weißheide, und so kam es, daß Felix von Breda der tägliche Spielgenosse Rolf Lampelius' wurde. Eine Freundschaft, die freilich später bald erlittete.

Als aber Lore nun Hofdame wurde und den Jugendfreund, der Fürst Egons Adjutant war, häufig wieder sah, merkte die Gräfin zu ihrem Aerger, daß beide einander rasch



daß die Erhöhung aus politischen Gründen vorgenommen werden müsse.

Der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wird an den staatsrechtlichen Ausschuss überwiesen. Sodann wurde das von den Unabhängigen beantragte Mißtrauensvotum in namentlicher Abstimmung mit 74 Stimmen gegen 12 unabhängige Stimmen abgelehnt und bei der weiteren Abstimmung wurden, nachdem die Änderungsanträge Barille u. Gen. (B.V.) gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt worden waren, das von den Abg. Schief, Andre und Bikes beantragte Vertrauensvotum angenommen mit einer von Pfleger-Kell beantragten weiteren Ziffer 4:

Ferner die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung auch in Zukunft bei der Reichsregierung eine auf Entspannung der internationalen Lage gerichtete, auf Vermunft und Gerechtigkeit aufgebaute Politik nachdrücklich unterstützen werde. Mit diesem Zusatz wurde dann in der Schlussabstimmung der Gesamtantrag mit 53 Stimmen der Mittelparteien gegen 13 Nein der Unabhängigen und 20 Enthaltungen der B.V. angenommen.

Die Festsetzung der nächsten Sitzung wurde dem Präsidenten anheimgegeben.

Württemberg.

Stuttgart, 15. Juli. (Lohnforderungen der Straßenbahner.) Auch die Angestellten der Stuttgarter Straßenbahnen sind an die Diktation mit der Bitte um Erhöhung der Teuerungszulagen herangetreten. Sie wünschen monatlich 150 Mk. neue Teuerungszulagen, was einen Aufwand von mehr als 3 1/2 Millionen Mark verursachen würde. Der Schlichtungsausschuss soll in den nächsten Tagen die Angelegenheit behandeln.

Stuttgart, 15. Juli. (Noch mehr Beamte.) Die Neuorganisation des Landesfinanzamts führt zur Ausschreibung folgender Stellen im „Staatsanzeiger“: 9 Regierungsräte, 15 Obersteuerinspektoren, 27 Steuerinspektoren, 76 Obersteuersekretäre, 122 Steuersekretäre, 410 Steuerbetriebssekretäre, 40 Steuerbetriebsassistenten und 6 Schreibgehilfen.

Kornweizheim, 15. Juli. (Kircheneinweihung.) Am vergangenen Sonntag wurde die neue katholische Kirche eingeweiht, womit die Investitur des Pfarrers Heer verbunden war. Die Baukosten der Kirche betragen 200 000 Mark.

Göppingen, 15. Juli. (Vom Rathaus.) Der Gemeinderat vergab die Arbeiten zur Neuschulung, die aus 14 Häusern mit 21 Wohnungen bestehen soll. Der Kostenaufwand beträgt 3 365 000 Mk.; eine Wohnung kommt rund auf 100 000 Mk. Ursprünglich war ein Bauaufwand von 1,4 Millionen Mark vorgesehen.

Mottenburg, 15. Juli. (Einbruch.) In Niedernau haben Diebe aus einem Mädcheninstitut während der Ferien alle Bettwäsche und Teppiche gestohlen. Der Schaden soll mehr als 10 000 Mark betragen.

Mutmaßliches Wetter.

Eine neue Gewitterzone bildet sich im Westen aus. Am Samstag und Sonntag ist warmes, mit vielfachen Störungen verbundenes Wetter zu erwarten.

Der Lohnabzug.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Neußerungen in der Presse und Anfragen bei Behörden lassen erkennen, daß über die Frage der vorläufigen Entrichtung der Einkommensteuer durch Lohnabzug noch weitgehend Unklarheit und Verwirrung herrscht. Es mag daher ein kurzer Hinweis auf die zur Zeit bestehende Rechtslage am Platze sein.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der Einkommensteuer durch Lohnabzug beruht auf § 45 ff des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichsgesetzblatt S. 35). Auf Grund eines besonderen Reichsgesetzes vom 31. März 1920 (Reichsgesetzblatt S. 428) hat der Reichsminister der Finanzen sodann bestimmt, daß die Vorschriften über die Steuerentrichtung mittels Lohnabzugs am 25. Juni 1920 in Kraft zu treten haben. Nun hat allerdings der Reichstag in zwischen ein Gesetz zur Milderung der bis her beim Lohnabzug vorgetretenen Härten beschlossen. Dieser Beschluß ist augenblicklich noch nicht Gesetz; aber auch wenn es soweit ist, wird dadurch an den bevorstehenden Bestimmungen für die zurückliegende Zeit nichts geändert, erst vom 1. August an sollen die vorgesehenen Milderungen beim Abzug eintreten und die bis dahin durch Lohnabzug einbehaltenen Beträge werden auf die nach dem neuen Gesetz einzubehaltenden Beträge angerechnet. Es hat also bis zum 1. August, von welchem Zeitpunkt ab das neu beschlossene Gesetz in Kraft treten wird, der Abzug vom Arbeitslohn mit vollen 10 Prozent zu erfolgen; ein Arbeitgeber, der den Abzug unterläßt, haftet nach § 50 Eink. Str.-Ges. dem Reich für die Einhaltung und Entrichtung dieses Betrags. Weder die Finanzämter noch das Landesfinanzamt sind befugt, die gesetzlichen Bestimmungen abzuändern oder Ausnahmen davon zu bewilligen.

Dabei soll noch darauf hingewiesen werden, daß die Ansicht irrig ist, als ob der abgezogene Betrag ohne weiteres schon die vom einzelnen Arbeitnehmer zu entrichtende Steuer darstelle. Die für das Rechnungsjahr 1920 zu entrichtende Steuer wird durch die zu Beginn des Jahres 1921 folgende ordentliche Veranlagung end-

nähertreten. Viel näher als ihr im Hinblick auf ihre Pläne lieh war.

Vielleicht hätte sie es vor einem Jahr gar nicht ungetraut gesehen, wenn Lore Frau v. Breda geworden wäre. Der alte Hofenschwert war reich und Felix, der selbst nichts besaß als seine Gage, galt als sein dereinstiger Erbe. Auch hatte Breda alle Ausichten, gut vorwärts zu kommen, denn zwischen Fürst Egon und Baron Hofenschwert hatte sich auf Grund gemeinsamer Jagdleidenschaften eine ungewöhnliche herzliche Freundschaft herausgebildet. Zwar kam Hofenschwert, der ein wenig Sonderling war, nur selten an den Hof, aber desto häufiger weilte der junge Fürst auf Neugöppingen zu Gast.

(Fortsetzung)

gültig festgestellt; der Lohnabzug stellt nur eine vorläufige Steuerentrichtung dar, die auf die festgestellte Steuer angerechnet wird. Deshalb ist es gar nicht im Interesse des Arbeitnehmers gelegen, wenn der Lohnabzug nicht rechtzeitig einsetzt, da der durch den Abzug nicht gedeckte Betrag der Steuer von ihm später noch eingefordert wird. Es liegt auch durchaus keine Ausnahmebestimmung gegen die Arbeitnehmer vor, denn auch die anderen Steuerpflichtigen haben die Steuer vorläufig zu entrichten in Raten, die auf 1. Juli, 1. September, 1. November 1920 und 1. Februar 1921 fällig sind und mit deren Anforderung und Einziehung bereits begonnen wird. Da die Neuregelung des Lohnabzugs unmittelbar bevorsteht, dürfte der bis zum 1. August vorgenommene Steuerabzug leichter zu tragen sein.

Baden.

Schluchtern b. Eppingen, 15. Juli. Aus dem Wohnwagen eines fahrenden Schirmslickers wurden von einem Unbekannten 5000 Mark gehohlen.

Heidelberg, 15. Juli. In einem hiesigen Hotel sollte ein Platin-Dieb oder Schieber durch Mannheimer Kriminalbeamte festgenommen werden, der sich mit einer Kontoristin dort häuslich niedergelassen. Bei der Verhaftung gebärdete sich der Spitzbube wie wild und brüllte aus Leibeskräften. Das war aber nur das verabredete Warnungszeichen für 6 Helfershelfer, die in einem dem Hotel gegenüberliegenden Gasthaus ohne polizeiliche Anmeldung sich eingenistet hatten und die nun schleunigst verschwanden. Bei dem verhafteten Gauner wurden 2 1/2 Kilo Platin gefunden.

Freiburg, 15. Juli. Der Autoverkehr Freiburg—St. Peter und von da weiterführend nach St. Märgen ist in den letzten Tagen aufgenommen worden. Die Entfernung von Freiburg nach St. Märgen beträgt 25 Kilometer. — Mit Rücksicht auf den großen Wohnungsmangel dürfen Fremde nur unter besonderer Genehmigung des Wohnungsamts nach Freiburg zuziehen, auch wenn es sich um einen vorübergehenden Aufenthalt (im Juli von mehr als drei, im August von mehr als sieben Tagen) handelt.

Vermischtes.

Die Ueberfüllung des Arztstandes. Der in Leipzig tagende Verband deutscher Mediziner sprach sich für die allgemeine Einführung der Zwangsorganisation im Arztstand aus. Von großem Interesse waren die von Generalsekretär des württembergischen Arztverbandes Dr. Wiebel gemachten Mitteilungen. Hiernach beträgt die Zahl der deutschen Ärzte 37 000, die der Medizin Studierenden 22 000. Mindestens 8000 Ärzte haben keinen festen Wohnsitz. 40 bis 50 Prozent der Ärzteschaft besteht aus Fachärzten. Die Erwerbsausichten der jungen Ärzte und der Medizin Studierenden erscheinen sonach recht trübe.

Die schwarze Schmach. In Kreuznach überfielen zwei Marokkaner ein spaziergehendes Liebespaar. Der junge Mann wurde durch einen Schlag auf den Kopf betäubt. Wieder zu sich gekommen, bat er einen in einem benachbarten Gasthof sitzenden französischen Offizier um Hilfe. Dieser ging sofort mit, befreite das Mädchen, wurde aber auch von einem Marokkaner mit dem Revolver bedroht.

In Oberthal bei Saarbrücken haben am Sonntagabend zwei französische Zollbeamte in angetrunkenem Zustand einen Bürger, Vater von neun Kindern, erschossen. Als nach einem Streit in einem Lokal sich zahlreiche Leute ansammelten, schossen sie blutlings in die Menge hinein. Der Bürger Johannes Schön wurde durch die Brust getroffen und war einige Minuten später tot. Ein anderer Mann erhielt einen Schuß durch das Bein.

Erglücken. In Kellertbach am Main (Hessen) ist ein Beschlager in die Luft geflogen. Bisher wurden 10 Tote geboren, 20 Personen sind schwer verwundet.

Die dänische Rechnung. Der dänische Anstich für den Familienhalt der in Dänemark untergebrachten Kinder verpflichtet eine Ueberseht über die jetzt einjährige Tätigkeit. Darnach haben in dieser Zeit 8000 deutsche Kinder Pflege und Erholung in Dänemark erhalten, wo sie auch eingekleidet wurden. Ebenso bekam jedes Kind nach mehrmonatigem Aufenthalt noch 15 Kilo Lebensmittel mit nach Hause. Für 100 000 Kronen wurden Kleider und Lebensmittel nach Deutschland geschickt. Im Ganzen hat der Ausschuss 425 000 Kronen ausgegeben.

Der Nachlaß der Kaiserin Eugenie. Wie aus der Umgebung der verstorbenen Kaiserin Eugenie mitgeteilt wird, hat diese keine eigenen Aufzeichnungen hinterlassen, dagegen befinden sich in ihrem Besitz wertvolle Briefe und Dokumente, besonders auch die Erinnerungen der Königin Hortense, der Mutter Napoleons III., die jetzt veröffentlicht werden sollen. Das Vermögen Eugeniens ist sehr bedeutend. Der Nachlaß Napoleons, 7 Millionen Franken in Grundstücken, 9 Millionen in Renten und 20 Millionen in Staatspapieren fiel ihr nach dem Tod des Prinzen Louis zu; das Vermögen soll sich jetzt auf 150 Millionen belaufen.

Getrunken. Rechtsanwalt Alois Kagerer von Rempten wurde in der Badeanstalt Reichach bei Lindau vom Herzschlag getroffen und sank launlos unter.

Die Strafkammer in Frankfurt verurteilte den 25jährigen Handlungsgehilfen Richard Müller aus Vöppard a. Rh. der zwei junge Leute veranlaßt hatte, zur Fremdenlegation zu gehen, wegen Anwerbung zur Fremdenlegation zu 1 Jahr Gefängnis. Nur mit großer Mühe war es dem Vater des einen Angeklagten gelungen, seinen Sohn freizubekommen. Der zweite junge Mann weilt jetzt bei der Fremdenlegation, wo es ihm, wie er schreibt, sehr schlecht geht.

Höchstpreise für Milch und Butter. Durch das Opfer der landwirtschaftlichen Kreise, die in den meisten Bezirken Württembergs sich mit einem Milchpreis von 1 Mark das Liter begnügen zu wollen bereit erklärten, obgleich dieser Preis die Erzeugungskosten von 1.20 Mark nicht mehr deckt, ist es dem württ. Ernährungsministerium ermöglicht worden, die vom vorigen Ernährungsminister erlassene Milchpreisverordnung folgendermaßen abzuändern: Der Erzeugergrundpreis beträgt für Genußmilch 1 Mk., für Verarbeitungsmilch 90 Pfg., der örtliche Großverkaufspreis höchstens 1.10 Mk. Der Verbraucherpreis darf in Uebersehtgemeinden höchstens 1.15 Mk., in Bedarfsgemeinden 1.35 Mk. betragen. Magermilch kostet im Verarbeitungsgebiet 35 Pfg., im Großverkauf an auswärtige Bedarfsgemeinden höchstens 45 Pfg. und für den Verbraucher nicht mehr als 65 Pfg. Auch die Butterpreise sind entsprechend geändert. Der Verbraucherpreis beträgt für je ein Pfund Handelsware 1.12 Mk. 50 Pfg., Handelsware II und Landbutter 1.10 Mk. für Butterkäse 1.45 Mk.

Die neuen Preise treten fürs ganze Land am 19. Juli in Kraft. Die Käsepreise werden später bekanntgegeben.

Aufhebung der Mitkleidbewirtschaftung. Die reichsrechtlichen Bestimmungen über die Mitkleidbewirtschaftung wurden mit Wirkung vom 1. Juli aufgehoben. Es bleibt den Kommunalverbänden überlassen, die Mitkleidbewirtschaftung einer besonderen Regelung zu unterwerfen.

Wie spart man Briefumschläge? Nach einer Verordnung des Reichspostministeriums kann man Zahlfartenvordrucke auch ohne Umschläge verschiden. Es ist ausdrücklich zulässig, diese Vordrucke in Briefform zu falten. Sie dürfen als Briefsendungen ohne Umschlag oder Streifenband befördert werden. Als Drucksache eingekaufte Vordrucke müssen aber mit einem Verschluss versehen sein, der den Zusammenhalt der Teile sichert, aber leicht lösbar bleiben soll.

Stuttgart, 15. Juli. (Verkehrssperre.) Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen teilt mit, infolge des Streiks der Transportarbeiter an verschiedenen Orten Württembergs sah sich die Eisenbahnverwaltung genötigt, die Annahme von Stückgut und Wagenladungen als Eil- und Frachtgut nach diesen Orten zu sperren. Von der Sperre ausgenommen sind vorerst Lebensmittel, Kohlen, Aols und Briketts.

Wangen, 15. Juli. (Hagel.) Zwei heftige Gewitter gingen über unsere Platen nieder, von denen das zweite durch Hagel großen Schaden anrichtete, besonders in den Markungen Kapfenried, Leupolds, Sommerried und Rißlegg. Auch aus Wolfegg und Waldsee war Hagelschaden gemeldet.

Die Ueberfahrtspreise nach Amerika sind, nach der Londoner „Times“, auf amerikanischen Schiffen für die erste Klasse um 15 Dollar (495 Mark), für die zweite Klasse um 10 Dollar (330 Mark) erhöht worden.

Gegen eine Frachtverteuerung für Eisen und Stahl. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat bei den Mitgliedern des Unterausschusses des Reichstags Einspruch erhoben gegen die beabsichtigte Frachterhöhung. Der Fehlbetrag der Eisenbahnverwaltung könne nicht durch eine immer weitere Erhöhung der Frachtsätze vermindert werden. Es müsse vielmehr im Eisenbahnbetrieb die alte Wirtschaftlichkeit wieder eingeführt und zu diesem Zweck energisch durchgegriffen werden. Es wird darauf hingewiesen, daß ein allgemeiner Preisabbau sich bemerkbar macht. Würden höhere Frachtsätze für Eisen und Stahl eingeführt, so würde dies nicht ohne Rückwirkung auf die Halb- und Fertigfabrikate anderer Gewerbebezüge bleiben und die Preise würden wieder steigen. Die schon jetzt stark gefährdete Ausführfähigkeit vieler Industriezweige würde noch weiter beschränkt und die Gefahr der Arbeitslosigkeit in großem Umfang hervorgerufen werden.

ep. Frauenkleidung und Frauensecke. Ein Wort eines Mannes zur heutigen Frauenmode. In ihrer Tracht erkennt man die Seele der Frau. Das gibt, wenn man sich heute 1920 umsieht, betrübende Entstellungen. Man sucht — vollends heute — edle, charaktervolle Einfachheit — und was findet man? Tausendfach Dämchen auf hohen Stiefelchen wie auf Stelzen, mit Röckchen wie zehnjährige Mädchen, auf dem Kopf die aufgekempelten, fahrenden Hüte oder gedrechselte, gestärkte und geschmückte Frisuren, die immer erst mit großem Zeitaufwand künstlich hergestell werden müssen, oder beides; die Kleider in Schnitt und Art häufig auf niedere, an die sinnlichen Triebe sich wendende Gefälligkeit eingestellt. Und dazu dann jenes herausfordernde Gebaren, daß man sich nur angewidert abwenden kann. Werken denn diese jungen Mädchen und Frauen nicht, wie ekelhaft all das ist, und wie sie sich dadurch entwürdigen, und wie viel schöner sie in schlichter Arbeitsracht sind? Muß wirklich ein Mann das erst aussprechen oder sollten die Männer den Frauen erst diese Meinung von „Schönheit“ beigebracht haben? Dann wäre es umso nötiger, daß die Frauen sich ihres Berufs als Hüterinnen der Keuschheit und der Sitte erinnerten. Die Frauen sollten jedenfalls in ihrem Geschlecht selbst die Ablehnung der widerlichen Modeauswüchse von heute durchsetzen.

Die Kalkverteilung für Juli, August und September wurde wie folgt beschlossen: Eisen- und Stahlwerke 50 000 Tonnen, Kalkschmelzwerke 35 800 T., chemische Industrie 30 000 T., Kalkereien und Gasanstalten 4000 T., Landwirtschaft 40 000 T., Berggewerbe 78 000 T., Kalksandsteinfabriken 12 500 T., Schwemmsandfabriken 10 000 T.

Wiederaufbau der Schweinezucht. Wenn unsere Fleischversorgung wieder besser werden soll, muß in erster Reihe die Schweinezucht gehoben werden. Vor dem Krieg hat das Schwein, das heute fast verschwunden ist, zwei Drittel des gesamten Fleischbedarfs geliefert. Der Norden ist uns wieder voran mit dem Abschluß von Mastverträgen. In Baden steht der vermehrte Mastung der große Mangel an Ferkeln entgegen. Zur vermehrten Ferkelaufzucht gehört aber neben dem Vorhandensein von Mutterchweinen auch eine gute und ausreichende Überhaltung. Hierfür müssen alle beruflichen Stellen ihr besonderes Augenmerk richten. Einen wesentlichen Anteil am Wiederaufbau unserer Schweinezucht haben die Schweinezuchtstationen. Solche wurden schon früher vom Ministerium des Innern ins Leben gerufen und mit dem Uebergang der Schweinezuchtförderung an die Württembergische Landwirtschaftskammer von dieser weiter unterstützt und neu errichtet. Sie haben den Zweck, die nähere Umgebung mit guten Zuchtieren, insbesondere auch die Gemeinden mit blutsfremden rasenreinen Zuchtebern zu versorgen. Die Zahl der Schweinezuchtstationen muß aber noch wesentlich vermehrt werden, so daß jeder Amtsbezirk mindestens eine Station besitzt. Die Landwirtschaftskammer gibt hierzu namhafte Geldzuschüsse. Der „Grundplan für die Förderung der Schweinezucht“ wie auch die Bestimmungen über die Errichtung von Schweinezuchtstationen werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt und Rat und Auskunft gerne gewährt.

Letzte Nachrichten.

10 000 Mark Belohnung.

Berlin, 15. Juli. Für die Ermittlung der Täter, die gestern die Fahne von der französischen Botschaft herabgeholt haben, setzte der Berliner Polizeipräsident 10 000 Mark Belohnung aus. Die Täter scheinen über die Dächer der Nachbargrundstücke der Botschaft aufs Dach gelangt und ebenso entkommen zu sein. Die Fahne ist aufgefunden.

München, 15. Juli. In der heutigen ersten Sitzung des neu gewählten Landtags wurde Abg. Königsbauer (B. V.) zum Präsidenten, Abg. Erhard Mier (Soz.) zum 1. Vizepräsidenten und der Unabhängige Gofler zum 2. Vizepräsidenten gewählt. In der morgigen Sitzung soll die Wahl des Ministerpräsidenten stattfinden.

München, 15. Juli. Die bayerischen Verkehrsbeamten wollen aus dem Reichsdienst wieder zurücktreten, wenn die Befolgsordnung im Reich und in den Ländern nicht bis 3. August in Einklang gebracht ist. Die übrigen Verkehrsbeamten aller Länder, auch Preussens, werden sich dem Schritt anschließen.

Spa, 15. Juli. Der Vorsitzende der Wiedergutmachungskommission erklärte nach dem „Soir“ auf Befragen, der Wiedergutmachungsplan der Deutschen stütze sich vorwiegend auf Gefühlsbeweise und er könne nicht als Grundlage für eine Lösung angenommen werden, jedenfalls müssen die Angaben genau nachgeprüft werden, was längere Zeit beanspruche. Vorher müsse die Kohlenfrage erledigt werden.

London, 15. Juli. Im Rohrpostamt von Dublin sind alle für den Vizekönig von Irland bestimmten Briefe gestohlen worden.

London, 15. Juli. Es verlautet, daß Rußland die englischen Bedingungen für den Waffenstillstand mit Polen angenommen habe.

Ausschreitungen in Italien.

Mailand, 14. Juli. Wie der „Secolo“ aus Neapel berichtet, kam es in Agridi, wo die Textilarbeiter streiken, zu schweren Zusammenstößen. Die Streikenden hinderten die aus Südtalien angekommenen Arbeitswilligen am Betreten der Baumwollfabriken, wobei es mehrere Verletzte gab. In Mailand streikten seit gestern die Straßenbahner, um die im Ausland befindlichen Nebenbahnangestellten zu unterstützen.

Bündnis gegen Japan?

Paris, 15. Juli. Die „Chicago Tribune“ will erfahren haben, England habe auf das Drängen von Australien und Neuseeland seine ostasiatische Politik geändert und sei im Begriff, mit den Vereinigten Staaten ein gegen Japan gerichtetes Bündnis abzuschließen.

Lotales.

Der württ. Blumentag hat ein Ergebnis gehabt, das über alle Erwartungen hinausgeht: es dürften wohl über 400 000 Mark eingegangen sein. Die Spenden und Sammlungen sollen an die Hilfsausschüsse für Kriegsgefangene in jedem Oberamt abgeliefert oder einer Behörde (Schultheissenamt, Oberamtspflege usw.) vorläufig übergeben werden, die dem Württ. Arbeitsministerium (Abtlg. für soziale Wohlfahrt) über die Höhe der Sammlung Bericht erstattet.

Lohnerhöhung der Landarbeiter. Der Deutsche Landarbeiterverband und Zentralverband hatten eine erneute Aufbesserung der Löhne für die landwirtschaftlichen Arbeiter beantragt. Obgleich die Vertreter der landw. Arbeitgeberorganisationen darauf verwiesen, daß in Anbetracht der noch nicht feststehenden neuen Getreidepreise eine Erhöhung der Löhne nicht möglich sei und man später darüber verhandeln solle, kam eine Einigung zustande. Vom 10. Juli an wird der gegenwärtige Tariflohn für Leute mit Verpflegung um 10 Prozent, ohne Verpflegung um 20 Prozent erhöht, sobald auf die im Januar festgesetzten Tariflöhne ohne Ver-

pflegung 60, mit Verpflegung 30 Prozent Teuerungszulage gewährt werden.

Die neuen Höchstpreise für Getreide der Ernte 1920 sind, nachdem bereits am 13. März 1920 Mindestpreise bekannt gegeben worden sind, durch Verordnung vom 14. Juli 1920 vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft festgesetzt worden und zwar ein Grundpreis von 1400 M. für die Tonne Roggen, 1350 M. für die Tonne Gerste und Hafer, sowie von 1540 M. für die Tonne Weizen.

Der Staatssekretär Dr. Huber glaubt feststellen zu können, daß durch die neuen Getreidepreise das Brot im neuen Wirtschaftsjahr nicht teurer, aber auch nicht billiger werde als jetzt.

Das Mutterkorn. Das im Roggengetreide vorkommende Mutterkorn, ein aus der Roggenähre herauswachsender, 1-4 cm langer, schwach gebogener, bläulich schwarzer Auswuchs (Pflz) zeigt sich auch heuer wieder vereinzelt bei uns. Der ganze Bedarf dieses sehr wichtigen, unentbehrlichen Arzneimittels wurde früher aus Rußland bezogen, wo das Mutterkorn in großen Mengen sich vorfindet. Seit einigen Jahren fehlt es bei uns in Deutschland vollständig. Nicht ein Körnchen sollte deshalb verloren gehen, sondern im Interesse der Volksgesundheit eingesammelt werden. Das Sammeln geschieht am besten auf dem Halm vor oder während der Ernte, kann aber auch noch nach dem Dreschen erfolgen. Das Mutterkorn wird von den Apothekern sehr gut bezahlt.

Studentische Landhilfe. Wie im vorigen Jahr, ist auch heuer wieder eine Anzahl Studenten bereit, während der Sommerferien auf dem Lande Erntehilfe zu leisten. Gesuche von Landwirten mit Angabe der Arbeitsbedingungen und besonderen Wünsche sind an das Berufsamt des Studentenausschusses in Tübingen zu richten.

Fleisch-Abgabe.

Die Fleischration für diese Woche (1/2 Pfd. für Erwachsene) wird am Samstag im Schlachthaus abgegeben und zwar für die Nr. 1-500 vormittags 8-12 und 501 bis Schluß, sowie Sprollenhäuser und Nonnenmisch nachmittags 1-6 Uhr.

Mehl-Abgabe.

Die Einwohnerschaft erhält 1 Pfund amerik. Weizenmehl zum Preise von M. 5.50.

Die Abgabe erfolgt wie nachstehend im städt. Mehllokal
Samstag vorm. 8-1 Uhr Nr. 1-400,
Montag vorm. 8-12 Uhr Nr. 401-700,
nachm. 2-6 Uhr Nr. 701-Schluß,
sowie Sprollenhäuser und Nonnenmisch.
Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Fritz Ernst, Schneidermeister

Pforzheim, Ecke Zerreser- und Baumstrasse.

Werkstätte für erstklassige Herrenbekleidung

2819 - Telefonruf - 2819.

Stofflager nur guter Stoffe in unerreichter Auswahl.

Schnellste Lieferung bei mäßigem Preis.

Auf Wunsch komme persönlich. - Muster zu Diensten.

Segeltuchsandalen

mit Ledersohlen, für Kinder.

Schwarze

Stoff-Schnürschuhe für Frauen,

in allen Größen und schöner Auswahl, zu billigen Preisen.

Preiswerte Lederschuhwaren.

Hermann Lutz, Wildbad.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Liebe und Teilnahme an dem schweren Verluste meiner lieben Frau, unseren teuren, unvergesslichen Mutter, Schwester, Groß- und Schwiegermutter, Schwägerin und Tante

Marie Aberle, geb. Reule,

in so reichem Maße erfahren durfte, sagen wir auf diesem Wege herzlichen Dank. Insbesondere danken wir dem Herrn Stadtvicar für seine trostreichen Worte am Grabe, den ehrw. Krankenschwestern für ihre liebevolle Pflege, den Sängern des Liederkranzes für ihren erhebenden Grabgesang, ferner für die zahlreichen Kranz- und Blumenpenden und allen denen die sie während ihrem Kranksein besuchten und erquickten und ihr das letzte Geleit gegeben haben und den Herrn Trägern sagen wir herzlichsten Dank.

Der tieftrauernde Gatte:
Christian Aberle, mit seinen Kindern.

Liederkranz Wildbad.

Samstag abend 1/9 Uhr Singstunde im Lokal.

Haubennetze

in allen Haarfarben sind stets vorrätig bei

Braun & Schiegel, Friseur, König-Karlstraße.

Briefmarken-

Sammlung

alte Württbg. Kreuzermarken u. s. w. zu kaufen gesucht. Auskunft Cafe Lindenberger.

Eine junge Ziege,

(Rippl),

hat zu verkaufen. Karl Eitel, Rennbachstr.

Zu verkaufen:

1 vollständiges Bett, Tische, Stühle, Sopha, Kommode, Kästen u. sonst.

Zu erfragen bei der Exped.

Prima Maisgries

empfehlen G. Lindenberger.

Stockholz-Abfuhr,

600 Km.,

aus Abt. Heiner Wendenstein, hat bei sofortiger Abfuhr zu vergeben und bittet um Offerte.

Karl Schneider, Rennbachstr. 196, Wildbad.

Ein vorzügl. Mittel ist Hühneraugen-„CornUA.“ Erhältlich im Friseurgeschäft Braun & Schlegel, König-Karlstraße.

Landes-Kur-Theater

Wildbad

Direktion Steng & Krauß.

Samstag, den 17. Juli

Ein Walzertraum.

Operette in 3 Akten v. Strauss

Sonntag, den 18. Juli

Zwangseinquartierung

Schwank in 3 Akten von Arnold und Bach

Montag, den 19. Juli

„Liebe“

Tragödie in 3 Akten.

Frauen

hilft bei Beschwerden, Störungen, selbst in verzweifeltsten Fällen

Dr. Egger's „Monatswohl“ pr. Flasche M. 15.— und

„Monatswohl“ Badekräuter pr. Karton M. 6.—.

Diskreter Postversand durch Dr. Egger's Laboratorium Reutlingen Postfach 49.

Linden-Kabarett

Wilhelmstrasse 147

Eingang durch den Garten.

Dir.: E. Zengler.

Stimmungs-Kapelle

Seidel-Grossmann.

Täglich 8 1/2 Uhr

Neues Programm

u. a.

Liane Thelen

Vortragskünstlerin

Willi Brettschneider

der brillante sächs. Komiker

Hirslanda Porten

Tänzerin

Geschw. Brettschneider

Gesangs-Duett.

Nach Kabarettabschluss:

Tanz.

Jeden Mittwoch Beginn der

Vorstellung 8 Uhr Ende 10 Uhr.

Preise der Plätze: 6 und 4 M.

Kartenvorverkauf im Zigarren-

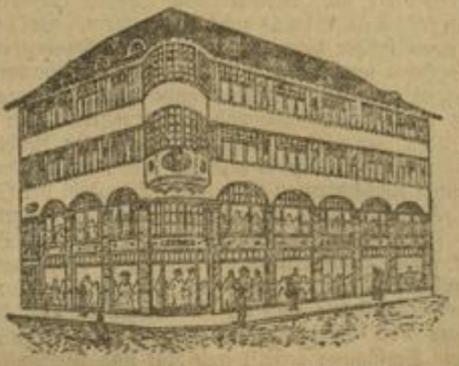
geschäft Lokatali.

Heidelbeeren

von 10 Pfund ab zu 2 M.

das Pfund empfiehlt solange

Vorrat Robert Stirner.



Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Taillekleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

C. Berner, Pforzheim,

Ecke Metzger- u. Blumenstr.